

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Die Verarbeitung der Zuckerrüben läuft dieses Mal verzögert. Schuld war die frühe Kälte.

Seite 13

Lokales



Um die Wärmepumpe drehen sich Gespräche in Gütstein bei einem neuen Informationsformat.

Seite 15

Lokale Kultur



Chicken Motel-Band feiert ihr 25-jähriges Jubiläum mit einem Konzert im Mauerwerk.

Seite 14

Lokalsport



Trainer Jörg Ebermann verlässt überraschend nach zwei Jahren die SG H2Ku Herrenberg.

Seite 19

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
25420,66 Pkt. + 15,32 Pkt.	6025,20 Pkt. + 8,90 Pkt.	1,1654 Dollar - 0,38 Cent

Wetter



Mittags 11° | Nachts 1°
Zunehmend dicht bewölkt
und im Norden Regenfälle



Das Quadrat ist nicht exklusiv

Quadratisch, praktisch – und zu ähnlich? Durch einen Haferriegel sah Ritter Sport seine Markenrechte verletzt und verklagte ein Mannheimer Unternehmen. Vor Gericht hat der Schokoladenhersteller aus Waldenbuch nun eine Schlappe kassiert.

Wilder Sieg gegen Frankfurt – VfB nun Dritter

Stuttgart und die Eintracht liefern sich einen heißen Schlagabtausch. Am Ende ziehen die Gäste den Kürzeren.

STUTTGART. Rückkehrer Ermedin Demirovic, Torjäger Deniz Undav und Joker Nikolas Narthey haben den VfB Stuttgart zumindest vorübergehend auf die Champions-League-Plätze der Fußball-Bundesliga geschossen. Vier Tage nach ihrer 4:1-Gala bei Bayer Leverkusen gewannen die Schwaben dramatisch mit 3:2 (2:1) gegen Eintracht Frankfurt und schoben sich auf Tabellenplatz drei vor. Die Hessen, die in der Hinrunde damit 36 Gegentore kassiert haben, bleiben hinter den Europapokal-Rängen. Zudem verloren sie ihren Stürmer Younes Ebnoutalib, der angeschlagen raus musste. Die Frankfurter erwischten vor 59 500 Zuschauern einen perfekten Start, mussten im Laufe der ersten Halbzeit aber Rückschläge hinnehmen durch Verletzungen und Fehler.

dpa

SPD plant höhere Steuer für reiche Erben – Kritik aus Union

Die Sozialdemokraten wollen die Erbschaftsteuer überarbeiten. Große Erbschaften würden dadurch höher belastet. Der Koalitionspartner und Wirtschaftsverbände sehen in den Vorschlägen Steuererhöhungen.

BERLIN. Mit Millionen-Freibeträgen für private Erben und Unternehmen sowie einem einfacheren System will die SPD die Erbschaftsteuer reformieren und „gerechter“ machen. Jährlich würden in Deutschland bis zu 400 Milliarden Euro vererbt – zuletzt seien durch etliche Ausnahmen aber nur gut neun Milliarden Euro davon versteuert worden, beklagte Fraktionsvize Wiebke Esdar bei der Vorstellung des Konzepts. Besteuert werde zudem nach dem Motto: „Wer wenig erbt, zahlt proportional viel. Wer viel erbt, zahlt nahezu gar nichts.“ Das sei ungerecht und müsse reformiert werden.

Kritik kam vom Koalitionspartner Union und aus Teilen der Wirtschaft, die Steuererhöhungen ablehnen und eine Abwanderung von Betrieben fürchten.

Nach dem SPD-Konzept soll es künftig einen Lebensfreibetrag von einer Million Euro pro Person geben, zusammengesetzt aus 900 000 Euro Erbe von Verwandten und 100 000 Euro von Dritten; das selbst genutzte geerbte Wohnhaus soll steuerfrei bleiben. Erst darüber hinaus soll Erbschaftsteuer anfallen. Der Unternehmensfreibetrag soll fünf

„In Deutschland werden jährlich zwischen 300 bis 400 Milliarden Euro vererbt – steuerlich erfasst und besteuert werden momentan 9,2 Milliarden Euro.“

Wiebke Esdar,
Vizefraktionschefin
der SPD



Foto: dpa/
Elisa Schu

Millionen Euro betragen, die Steuerzahlung auf 20 Jahre gestreckt werden können.

Angesichts der SPD-Pläne befürchtet die Union umfassende Steuererhöhungen durch die Änderungen beim Betriebsvermögen, das bislang praktisch steuerfrei übertragen wurde. CSU-Chef Markus Söder lobte die geplante Erhöhung der Freibeträge, bezeichnete die Änderungen beim Betriebsvermögen aber als „Einladung zur Auswanderung“.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer bezeichnete den vorgesehenen Freibetrag von fünf Millionen Euro als „unverhältnismäßig niedrig, sodass in den meisten Fällen erhebliche Steuerzahlungen fällig würden“. Dieser Betrag wäre bei einer Bewertung von Betrieben schnell erreicht.

Linken-Fraktionschefin Heidi Reichinek begrüßte die Pläne ebenfalls – die Erbschaftsteuer sei in ihrer jetzigen Form „eine der ungerechtesten Steuern im Land“. Sie warf der SPD aber vor, bei der Linken abzuschreiben und sprach angesichts anstehender Landtagswahlen von einem „absolut durchschaubaren Manöver“.

VON JACQUELINE WESTERMANN

Das neue Jahr beginnt, wie das letzte endete: mit Zank zwischen Schwarz und Rot. Das ist kaum verwunderlich, denn die SPD tastet mit ihren Ideen zur Erbschaftsteuerreform ein hoch emotionales Thema an – und sie weiß um die deutlich anderen Vorstellungen der Union. Allerdings hatte Fraktionschef Jens Spahn (CDU) im letzten Jahr das Törchen schon ein Stück weit geöffnet und sich offen für Reformen gezeigt – wahrscheinlich auch, weil er weiß, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in diesem Jahr so gut wie sicher die Verschonungsregeln für Betriebsvermögen beanstanden wird.

Erben ist ein emotionales Thema. Die einen sehen darin die Lebensleistung einer Generation, die anderen eine steigende Chancenungleichheit. Letztere treibt die SPD an. Zugleich dürfte den Sozialdemokraten bewusst sein, dass auch unter ihren Wählern mittelständische Unternehmer sind, denen eine weitere Belastung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht helfen wird.

Noch reagiert die Union mit Empörung. Doch wird sie ihre Vorschläge bald formulieren müssen; spätestens nach dem erwarteten Urteil aus Karlsruhe zu Verschonungsregeln für Betriebsvermögen wird zügig eine Gesetzesreform notwendig sein. Am Ende wird es, wie üblich in der Demokratie, nur mit einem Kompromiss gehen. Dieser könnte zwischen Erbschaftsteuer und Senkung der Körperschaftsteuer, mit Stundungsregelungen und Freibeträgen austariert werden.

Le Pen kämpft um Chance auf Präsidentschaft

Hat die französische Rechtspopulistin EU-Gelder veruntreut? Im erneuten Verfahren geht es für Le Pen um alles.

PARIS. Frankreichs führende Rechtsnationalen Marine Le Pen kämpft in einem neuen Gerichtsverfahren um ihre politische Zukunft. Ein Berufungsgericht rollt das Verfahren um mutmaßlich veruntreute EU-Gelder durch Le Pen und andere Mitglieder ihrer Partei neu auf. In erster Instanz hatte ein Gericht der Rechtsnationalen das passive Wahlrecht mit sofortiger Wirkung auf fünf Jahre entzogen. Sollte diese Strafe bestätigt werden, wäre dies das Aus für Le Pens anvisierte vierte Präsidentschaftskandidatur im kommenden Jahr. Den Rechtsnationalen werden bei der Wahl 2027 gute Chancen zugerechnet.

Das Verfahren dreht sich um die mögliche Scheinbeschäftigung von Assistenten mehrerer französischer Europaabgeordneter zwischen den Jahren 2004 und 2016. Le Pen wies die Vorwürfe stets zurück.

dpa

Merz rechnet mit Ende des Mullah-Regimes im Iran

Deutschland bestellt Irans Botschafter ein. US-Präsident Trump ruft die Demonstrierenden zum Durchhalten auf und kündigt „Hilfe“ an.

BERLIN/TEHERAN. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) rechnet angesichts der Massenproteste im Iran mit einem politischen Umbruch. „Wenn sich ein Regime nur noch mit Gewalt an der Macht halten kann, dann ist es faktisch am Ende. Ich gehe davon aus, dass wir jetzt hier auch gerade die letzten Tage und Wochen dieses Regimes sehen“, sagte er bei seiner Indien-Reise.

Aus Protest gegen das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten im Iran bestellte unterdessen das Auswärtige Amt den iranischen Botschafter in Berlin ein. Die Brutalität des Regimes sei schockierend, teilte das Ministerium auf der Plattform X mit. „Wir fordern Iran nachdrücklich auf, die Gewalt gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger zu beenden und ihre Rechte zu achten.“ Zuvor hatten Frankreich, Spanien, Finnland und Großbritannien den jeweiligen iranischen Botschafter einbestellt.

US-Präsident Donald Trump hat die Iranerinnen und Iraner indirekt zum Sturz des Mullah-Systems aufgerufen. „Protestiert weiter – übernehmt eure Institutionen“, appellierte Trump am Dienstag in seinem Onlinedienst Truth Social an die „iranischen Patrioten“, die seit gut zwei Wochen auf die Straße gehen. „Hilfe ist auf dem Weg“, fügte der Präsident in Großbuchstaben hinzu, ohne Details zu nennen. Trump kündigte zudem Strafzölle in Höhe von 25 Prozent auf Importe aus Ländern an, die mit dem Iran Geschäfte machen. Die Maßnahme gelte ab sofort, erklärte Trump. Details blieben auch in diesem Punkt unklar.

Unterdessen stellte Irans Justiz die ersten Teilnehmer der Proteste vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft in Teheran habe gegen mehrere festgenommene Personen Anklage erhoben, berichtete die iranische Nachrichtenagentur Tasnim.

dpa/AFP/red

Mercedes-Benz ruft etliche CLA zurück

STUTTGART. Mercedes-Benz ruft weltweit mehrere Tausend CLA-Fahrzeuge wegen fehlerhafter Software, Problemen an Airbags und Gurtsystemen, lockerer Sitze und Brandgefahr durch ein falsch angeschlossenes Batterieakabel zurück. Am häufigsten tritt der Software-Fehler auf, der nach Angaben des für Sicherheit von Fahrzeugen zuständigen Kraftfahrtbundesamtes dazu führt, dass sich Fahrassistenzsysteme ohne Vorwarnung deaktivieren. Auch in Deutschland sind Autos betroffen – Hunderte Fahrzeuge müssen nun in die Werkstatt.

Der elektrische CLA gilt als Hoffnungsträger des Stuttgarter Automobilherstellers und wurde gerade erst als „Car of the Year“ prämiert.

kan